

«Walliserkanne» schliesst «bis auf Weiteres»

Zertifikat Im Fall der Wirtefamilie Aufdenblatten der Zermatter «Walliserkanne» kam es am Donnerstag zu einer überraschenden Wende. Das Walliser Zwangsmassnahmengericht hat verfügt, dass die drei Inhaftierten – Vater, Mutter und ein Sohn – unverzüglich freigelassen werden. Es hat den Antrag der Staatsanwaltschaft Oberwallis abgelehnt, Untersuchungshaft für einen Monat anzuordnen. Der zuständige Richter taxierte die Massnahmen als unzulässig.

Hintergrund des bereits seit Tagen dauernden Streits: Die Wirte weigern sich, die vom Bundesrat angeordnete Zertifikatspflicht umzusetzen. Die Walliser Kantonspolizei hatte die «Walliserkanne» darum am Freitagvormittag geschlossen. Die Wirte akzeptierten den Entscheid trotz amtlicher Versiegelung nicht und öffneten erneut. In der Nacht auf Samstag wurde der Eingang zum Restaurant mit Betonelementen verstellt.

Streit geht weiter, Beiz bleibt geschlossen

Die Staatsanwaltschaft leitet jetzt eine Strafuntersuchung ein. Es soll ermittelt werden, inwiefern sich einzelne Familienmitglieder strafbar gemacht haben. Seit Inkrafttreten der Zertifikatspflicht hatten sich die «Walliserkanne»-Wirte nicht daran gehalten, Gäste in den Innenräumen ihres Lokals auf gültige Zertifikate zu überprüfen.

Gleichzeitig spielten sie mit der Polizei Katz und Maus. Selbst amtliche Versiegelungen entfernten sie mehrmals von der Eingangstür und öffneten das Restaurant wieder. Ob die Gemeinde Zermatt den Wirten ihr Patent entziehen wird, ist derzeit unklar. Gemeindepräsidentin Romy Biner-Hauser sagt auf Anfrage: «Kein Kommentar.» Wie Walter M. Haefeli, Anwalt der Familie, sagt, bleibt das Restaurant im Moment geschlossen. Und zwar «bis auf Weiteres». Die Familie müsse nun erst zur Ruhe kommen. «Die Lage gilt es derzeit zu deeskalieren», so Haefelin. Das habe die Familie so entschieden.

Norbert Zengaffinen und Rebecca Schüpfer, «Walliser Bote»

ANZEIGE

zew

Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen. An einer guten Ausbildung führt kein Weg vorbei.



CAS Visuelle Kommunikation

maz

Die Schweizer Journalistenschule

Murbacherstrasse 3, 4803 Luzern
Telefon 041 224 33 33
office@maz.ch, www.maz.ch

Das steckt hinter der Referendenflut

Fast seriell wird zurzeit gegen Beschlüsse des Parlaments Unterschriften gesammelt.

Chiara Stäheli

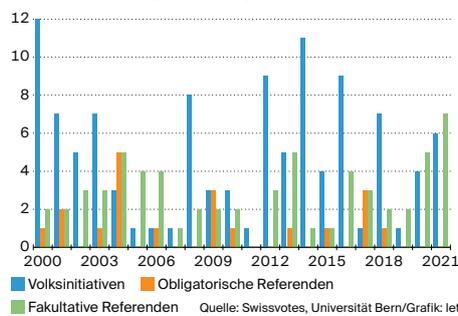
Unterschriftensammeln ist in der Schweiz en vogue. In den vergangenen Monaten wurden innert Kürze Referenden gegen das Filmgesetz, die Organspende, die Frontex-Beteiligung und das Mediengesetz lanciert.

Ein Blick in das Abstimmungsarchiv bestätigt den Eindruck, die Zahl der Referenden ist heute besonders hoch: 2021 stimmen wir über sieben Vorlagen ab, die durch das fakultative Referendum zu Stande gekommen sind. Das ist der höchste Wert seit 1992. Damals kamen gar zehn Vorlagen vors Volk, die durch das Sammeln der 50 000 Unterschriften innert 100 Tagen entstanden.

Umstrittene Themen lösen Aktivismus aus

Was steckt hinter der Flut an Referenden? Michael Hermann, Politikwissenschaftler und Geschäftsführer der Forschungsinstitut Sotomo, sieht mehrere Gründe: «Einerseits gibt es im Moment Beschlüsse zu vielen umstrittenen Themen wie beispielsweise Klima oder Covid. Andererseits erhöht die Empörungskultur in den sozialen Medien die Chance, ein Referendum zu Stande zu bringen.» Zudem sei es dank Onlineplattformen einfacher geworden, Unterschriften zu sammeln.

Volksabstimmungen nach Typ seit 2000



Quelle: Swissvotes, Universität Bern/Grafik: let

«Lange waren nur etablierte Institutionen referendumsfähig. Nur ihnen gelang es, innert der kurzen Zeit genügend Unterschriften zusammenzukriegen», sagt Hermann. Mittlerweile gelinge dies auch weniger etablierten Organisationen und losen Bewegungen.

Von einem Trend sprechen mag Marc Bühlmann nur bedingt. Er ist Direktor von Année Politique Suisse, einem Projekt der Universität Bern. Bühlmann relativiert die Erkenntnisse aus der Auswertung der Volksabstimmungen der vergangenen Jahre: «Es ist wichtig, dass man die Zahl der fakultativen Referenden in das Verhältnis setzt

zur Zahl der Bundesbeschlüsse, die im selben Zeitraum gefasst wurden.»

Dann sehe das Bild rasch wieder anders aus. Auch bis Ende 2021 dürften rund 60 bis 80 Erlasse beschlossen werden, gegen die das Referendum eingereicht werden könnte. «Trotz der sieben Referenden wurden also 90 Prozent der Beschlüsse nicht bekämpft», sagt Bühlmann.

Nichtsdestotrotz: «Ob ein Referendum zu Stande kommt oder nicht, hängt stark vom Thema ab», sagt Bühlmann. Themen wie das Klima, die Coronapandemie oder die «Ehe für alle» seien nahe an den Men-

«Die Empörungskultur in den sozialen Medien erhöht die Chance, ein Referendum zu Stande zu bringen.»

Michael Hermann
Politikwissenschaftler

schen und würden daher bewegen.

«Manchmal fühlen sich gewisse Interessenorganisationen fast verpflichtet, ein Referendum zu ergreifen, um ihrer Klientel zu zeigen, dass etwas getan wird.» Das sei beispielsweise bei Klimathemen häufig zu beobachten.

Politisiert das Parlament am Volk vorbei?

Immer wieder taucht die Frage auf, ob eine hohe Zahl von Referenden ein Indiz dafür sein könnte, dass das Parlament am Volk vorbei politisiert. Darauf hat Bühlmann von der Universität Bern eine klare Antwort: «Im

langjährigen Durchschnitt werden nur rund sechs Prozent der Bundesbeschlüsse mit Referenden bekämpft. Weniger als die Hälfte davon ist erfolgreich. Das heisst im Umkehrschluss: Das Volk ist mit 97 Prozent aller Parlamentsentscheide grundsätzlich einverstanden.»

Der Grund für die langfristige geringe Zahl an Referenden ortet Bühlmann nicht zuletzt auch im parlamentarischen Prozess. In diesem werde versucht, alle Meinungen im Vorfeld der Beschlussfassung einzuholen, um letztlich einen Entscheid fällen zu können, der von grossen Teilen der Bevölkerung mitgetragen wird. «Das Referendum hängt wie ein Damoklesschwert über dem Parlament und sorgt dafür, dass potenzielle Kritikpunkte frühzeitig thematisiert werden», sagt Bühlmann.

Der populistische Vorwurf des «Eliteparlaments» wird weiter durch eine Studie von Année Politique Suisse entkräftet. In dieser wurden die Schlussabstimmungen im Parlament mit jenen der Bevölkerung bei allen Abstimmungen seit 1848 verglichen.

Bühlmann fasst das Resultat der Studie wie folgt zusammen: «Die Auswertung zeigt deutlich, dass das Parlament heute näher an der Meinung der Bevölkerung ist als noch vor 50 oder 100 Jahren.»

Parodie auf Berset: Rima macht Abstimmungskampf

In Umfragen haben die Befürworter des Covid-Gesetzes die Nase vorn. Jetzt setzen die Gegner auf Humor.

Aus Protest gegen die Covid-Massnahmen hat Marco Rima seine Bühnenkarriere vorläufig auf Eis gelegt. Seine Humorproduktion läuft in diesen Tagen dennoch auf Hochtouren – und zwar im Dienst der Gegner des Covid-Gesetzes, über welches das Volk am 28. November abstimmen wird.

Seit Donnerstag kursiert in sozialen Medien ein kurzer Videoclip, in dem Rima, ausgestattet mit Glatze, Gesundheitsminister Alain Berset auf die Schippe nimmt. Der Komiker gibt dazu frühere Aussagen von Berset, die längst Makulatur sind, wieder. Zum Beispiel: «Sind alle Impfwilligen geimpft, lassen sich Schliessungen nicht mehr rechtfertigen.» Für Menschen ohne Zertifikat jedoch bleiben bis auf weiteres Einrichtungen wie Restaurants oder Fitnesscenter unzugänglich.

Allen Demonstrationen gegen die Zertifikatspflicht zum Trotz scheint der Bundesrat aber auf Kurs zu sein. Gemäss einer aktuellen Tamedia-Umfrage heissen 69 Prozent der Stimmberechtigten das Gesetz gut, das unter anderem die Basis für das umstrittene Covid-Zertifikat liefert.

Marco Rima wird insgesamt sieben kurze Videoclips als Berset-Imitator beisteuern. Kann das Nein-Lager das Steuer dank humoristischer Einlagen her-



Kabarettist als Massnahmenkritiker: Marco Rima alias Alain Berset.

Screenshot: Youtube

umreissen? «Man muss immer bis zum Schluss kämpfen», sagt Rima. Man werde erst am Abstimmungstag sehen, wie stark die Umfrageresultate der Realität entsprechen.

Rima ist genesen – und verzichtet auf ein Zertifikat

Auf die Idee mit den Videoclips

kam Rima an einem Unternehmer-Anlass, an dem massnahmenkritische Freunde der Verfassung ihre Nein-Kampagne präsentierten. «Ich dachte mir, da braucht es noch eine Prise Humor.» Rima wird erst wieder vor Publikum auftreten, «wenn auch Gesunde ohne Corona-Einschränkungen und ohne Bedin-

gungen wieder am öffentlichen Leben teilnehmen dürfen».

Obwohl Rima von einer Corona-Erkrankung genesen ist, verzichtet er auf ein Zertifikat. Der zertifizierte Mensch bereite ihm Mühe, Marco Rima wurde von Branchenkollegen wie Victor Giacobbo heftig kritisiert für seine Haltung zu den Corona-

massnahmen. Während die Ja-Kampagne zum Covid-Gesetz lahmte und die Befürworter finanziell kleine Brötchen backen, mobilisieren die Gegner nicht nur mit kabarettistischen Einlagen. Sie haben eine Abstimmungszeitung in einer Auflage von drei Millionen Exemplaren (Deutsch und Französisch) gedruckt, die nun sukzessive, zum Teil dank freiwilliger Helferinnen und Helfer, in den Briefkästen der Stimmbürger landen soll. Über ein Crowdfunding wurde schon der Versand von über einer Million Exemplaren gesponsert.

Abstimmungskampf von Haustür zu Haustür

Im Auftrag des Nein-Komitees sind bereits mehrere hundert Abstimmungskämpfer unterwegs, die von Haustür zu Haustür gehen, um das Volk von einem Nein zu überzeugen, wie Kampagnen-Co-Präsident Siegfried Hettegger sagt. Er zeigt sich «erstaunt» über die Tamedia-Umfrage – und glaubt an ein «positives Resultat an der Urne», also ein Nein zu den «Covid-Verschärfungen».

«Wenn wir auf der Strasse mit den Menschen reden, kriegen wir ein anderes Bild», sagt er. Zudem wachse die Zahl der Nein-Komitees.

Karl Kälin